

Sichtbar erholen und Kräfte sparen für Frauenstreik 2021

Von Michael Hotz

Der Frauenstreik 2019 jährt sich am 14. Juni zum ersten Mal. Statt zu grossen Demonstrationen ruft das Frauen*streik Kollektiv Winterthur nun zu kleineren Aktionen auf. Auf die Strasse geht es 2021 wieder.

Winterthur Die feministische Bewegung für Gleichstellung und gegen Sexismus kulminierte 2019 im zweiten Frauenstreik der Schweizer Geschichte. Rund eine halbe Million Menschen gingen laut den Organisatorinnen am 14. Juni auf die Strasse, um zu demonstrieren. Auch in Winterthur waren es mehr Tausend. «Es war die grösste Demonstration, die ich je in Winterthur erlebt habe», schaut Sarah Casutt vom Frauen*streik Kollektiv Winterthur auf die Protestaktion vor knapp einem Jahr zurück: «Es war sehr eindrücklich.» Sie habe besonders beeindruckt, wie divers die Themen am Frauenstreik gewesen seien.

So waren am Ende über 150 gesammelte Forderungen an die Stadt zusammengekommen, die der Stadtrat Mitte Mai beantwortete. «Der Stadtrat ist ausführlich auf viele der eingegebenen Forderungen eingegangen und gibt sich diskussionsbereit. Das ist ein guter Einstieg», urteilt Casutt. Es sei nun wichtig, dass er über die vielen geplanten Projekte und Pläne einmal jährlich Rechenschaft ablegen müsse. Etwa über die Diversity-Erhebung, die im zweiten Halbjahr 2020 erhoben wird. Ganz zufrieden ist das Kollektiv mit der Antwort des Stadtrats also noch nicht.

Keine Kundgebungen dieses Jahr Deshalb sind für den 14. Juni wiederum Aktionen geplant. Zu gross



Im Gegensatz zum Frauenstreik 2019 fallen dieses Jahr grosse Kundgebungen am 14. Juni aus.

angelegten Kundgebungen kommt es aber nicht, weil das Datum auf einen Sonntag fällt. Der diesjährige Frauenstreik steht unter dem Motto «gemeinsam protestreich erholen». Die feministische Bewegung solle eigene und neue Wege des erholenden Protests finden, heisst es dazu im Aufruf zum Frauenstreik 2020. Die Ideen reichen von Dekorationen auf dem eigenen Balkon, übers Joggen durch die Pärke mit Transparenten bis zu Protest-Picknicks auf der Strasse. Um 15:24 Uhr sollen dann alle ihre Forderungen lautstark zum Ausdruck bringen und Lärm machen. Die Uhrzeit symbolisiert laut dem Aufruf nämlich den Zeitpunkt, ab dem arbeitende Frau-

en aufgrund der Lohnunterschiede nicht mehr entlohnt werden. Gewisse Aktionen organisiert das Kollektiv aber auch, etwa eine Art Untergrundkampf durch Handarbeit. Es wird ein pinkfarbener, 20 Zentimeter breiter Schal gestrickt. Die Inspiration dazu ist vom Frauenstammisch Schaffhausen. Das Schalstück aus der Eulachstadt wird dann gemäss Casutt an jenes aus der Munotstadt angehängt: «Wir stricken, bis die Gleichstellung aller erfüllt ist oder wir die Länge bis nach Bern erreicht haben.» Das Radio Stadtfilter macht am 14. Juni zudem ein Special seines Frauenstreik-Radios, bei dem feministische Personen und Gruppierungen

über den Tag verteilt ihre Themen und Forderungen einbringen.

Zwei Jubiläen 2021

Die Idee des sichtbaren Erholens am diesjährigen Frauenstreik ist, Kräfte zu sparen für 2021. Dann jährt sich am 14. Juni der erste Schweizer Frauenstreik zum 30. Mal. Gleichzeitig werden 40 Jahre vergangen sein, seit der Artikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau» in die Bundesverfassung aufgenommen worden ist. «2021 werden wir uns wieder auf den Strassen sammeln», betont Casutt. Am übernächsten Sonntag gelte es aber trotzdem, zu zeigen, dass die Frauenbewegung immer noch stark sei.

SVP-Gemeinderat rügt Stadt für zu wenige Schutzausrüstungen bei Spitex

War die städtische Spitex gut auf die Corona-Pandemie vorbereitet? Ja, heisst es seitens Departement Soziales. Nein, findet Markus Reinhard (SVP). Er bezieht sich auf Nachrichten städtischer Mitarbeitenden.

Winterthur Der Stadtrat und die Verwaltung haben die Corona-Krise bis anhin gut gemanagt. Zu diesem grundsätzlichen Fazit kamen die Parteien bei der ersten Gemeinderatssitzung nach der Corona-Bedingten Pause. Es gab aber durchaus auch Kritik. So rügte der SVP-Gemeinderat Markus Reinhard eine mangelnde Vorbereitung auf Corona: «Wir haben starke Hinweise darauf, dass die seit mehreren Jahren existierenden Pandemiepläne der einzelnen Departemente oder Bereiche vielfach Papiertiger geblieben sind.» In seinem Votum zum Krisenmanagement kritisierte er weiter, dass bei der städtischen Spitex in den in den ersten Wochen viel zu wenig Schutzausrüstungen vorhanden gewesen seien. Dies hätten Gespräche mit mehreren Spitex-Mitarbeitenden ergeben. Katharina Rüegg, Sprecherin des Departement Soziales, widersprach letzte Woche im «Landboten» der

Darstellung Reinhard: «Es stand stets genügend Schutzmaterial zur Verfügung, sowohl für die Spitex als auch für die fünf Alterszentren», wird Rüegg zitiert.

Nachrichten nach Zeitungsbericht SVP-Gemeinderat Reinhard beharrt dennoch weiterhin auf seiner Sicht der Dinge. Er habe nämlich nach dem «Landbote»-Artikel weitere Nachrichten von Spitex-Mitarbeitenden erhalten: «Personen, die ich nicht kenne, haben sich bei mir gemeldet und sich für meine Aussagen bedankt.» Das zeige ihm, dass etwas im Argen liege. Es sei nicht alltäglich, dass er von ihm unbekannt städtischen Mitarbeitenden kontaktiert werde.

«Personen, die ich nicht kenne, haben sich für meine Aussagen bedankt.»

Markus Reinhard, SVP-Gemeinderat

Sprecherin Rüegg bleibt auch bei ihrer Aussage: «Die Beschaffung sowie die Verteilung des Materials gestaltete sich als sehr anspruchsvoll. Die städtischen Alters- und Spitexzentren waren jedoch, auch dank den Beständen der Stadt Winter-

thur, zu jedem Zeitpunkt in der Lage, die Vorgaben bezüglich Schutzausrüstungen umzusetzen», schreibt sie auf Anfrage. Die Sicherheit der Mitarbeitenden, der Bewohnenden sowie der Klientinnen und Klienten sei stets sichergestellt gewesen.

Keine Beschwerden eingegangen

Dass es unter den Mitarbeitenden durchaus eine anfängliche Angst gab, nicht genügend Schutzmaterial zur Verfügung zu haben, bestätigt Rüegg dann doch. «Diese begründet hauptsächlich auf der medialen Berichterstattung zu Beginn der Pandemie. Zudem mussten sich die Mitarbeitenden innert kürzester Zeit von bewährten Prozessen und Vorgehen lösen und umdenken.» Die Bedenken hätten durch intensive, interne Kommunikation sowie Schulungen schnell beseitigt werden können. «Uns und dem Mitarbeitendenrat sind übrigens keine Beschwerden bekannt.» Es gebe die Möglichkeit, Anregungen anonym über ein Beschwerdemanagement einzureichen. Beim Mitglied der gemeinderätlichen Sachkommission Soziales und Sicherheit sind hingegen – wie vorhin bereits erwähnt – Reklamatio-

nen eingegangen. So hat gemäss Reinhard ein Spitex-Vorgesetzter Mitte März entgegen den Vorgaben angeordnet, dass bei Verdachtsfällen keine Schutzmassnahmen umgesetzt werden. Erst wenn ein positiver Corona-Test vorliege. Erst als ein Arzt interveniert habe, sei diese Anweisung zurückgenommen worden. Auch diesem Vorwurf widerspricht Rüegg: «Es wurden von Beginn an Schutzmassnahmen angeordnet und laufend überprüft, sowohl bei Verdachts- als auch bei bestätigten Fällen.»

«Uns und dem Mitarbeitendenrat sind übrigens keine Beschwerden bekannt.»

Katharina Rüegg, Departement Soziales

Bezogen auf das Statement seitens Sozialdepartement spricht Reinhard nun von einer verpassten Chance: «Ich finde es höchst bedauerlich, dass nun Nebelpetarden geworfen werden und Geschehenes bagatellisiert wird. Richtig wäre es aus meiner Sicht, nun hinzustehen, die Fehler zu benennen und vor allem aus den Fehlern, Erfahrungen und Feststellungen für das nächste Mal zu profitieren.» Michael Hotz

POLITALK

Mit alten Zöpfen aufräumen

Das Bundesgericht entschied am 8. August 2008, dass es für die Errichtung von Restaurants beziehungsweise Cafés mit Strassenplätzen neben der kommunalen, gewerbepolizeilichen Allmendbewilligung auch einer Baubewilligung bedarf. Dies gilt auch für bestehende Gastwirtschaftsbetriebe, die schon über eine gewerbepolizeiliche Bewilligung verfügen.

Noch im selben Jahr des Bundesgerichtsurteils ist im Nationalrat eine Motion eingereicht worden mit dem Ziel, dass die Errichtung einer saisonal betriebenen Aussengastwirtschaft durch einen Betrieb, der über eine gewerbepolizeiliche Bewilligung verfügt, wie vor dem Bundesgerichtsentscheid keiner Baubewilligung bedarf. National- und Ständerat überwiesen diese Forderung, die nun seit Jahren beim Bundesrat hängig ist.

Gerade in der Corona-Krise ist es für Restaurantbesitzer und Pächter schwierig, ihren Betrieb rentabel zu führen. Die gesundheitspolitischen Auflagen schränken die Kapazitäten massiv ein. Mit Blick auf den kommenden Sommer könnte ein unkompliziertes Verfahren, Aussengastwirtschaften auf öffentlichem Grund einfach und schnell Sitzplätze zu erlauben bzw. im Umfang sogar auszudehnen, für zusätzliche Umsätze sorgen. Immerhin hat die Stadt Winterthur Flexibilität an den Tag gelegt. Gefordert sind jetzt Bund und Kantone, um eine dauerhafte Lösung zu erarbeiten. Ich bin gespannt, was der Züricher Regierungsrat auf meinen Vorstoss antworten wird.

Dieter Kläy



Dieter Kläy ist Kantonsrat und Präsident der FDP Winterthur.

EVP unterstützt Katrin Cometta

Winterthur Die EVP unterstützt offiziell die grünliberale Stadtratskandidatur. Zu diesem Schluss kam die Partei nach einem Online-Hearing mit beiden Kandidierenden. Urs Hofer (FDP) und Katrin Cometta (GLP) werde beiden das Format für ein Stadtratsamt durchaus attestiert, teilt die EVP in einem Schreiben mit. Die der Partei wichtigen Bereiche Soziales, Umwelt und Bildung decke Cometta aber eher im Sinne der EVP ab. mth

Nächste Abstimmung am 23. August

Winterthur Der Stadtrat hat die Abstimmung über die kommunale Vorlage «Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit» auf den 23. August festgesetzt, an dem auch der erste Wahlgang um die Nachfolge der zurücktretenden Stadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) terminiert ist. Der Urnengang für die Vorlage, die der Gemeinderat im Januar mit 46 zu 12 Stimmen angenommen hatte, war eigentlich am 17. Mai vorgesehen gewesen, musste aber dann wegen der Corona-Pandemie verschoben werden. mth